

Kurzgutachten zur Ziellücke im Gebäudesektor der Partner der Gebäude-Allianz

Partner der Gebäude-Allianz



Kurzgutachten zur Ziellücke im Gebäudesektor der Partner der Gebäude-Allianz

Weckruf Gebäude: Die klima-, wirtschafts-, sozial und verbraucherpolitische Aufholjagd muss heute beginnen!

Politische Einordnung der Partner der Gebäude-Allianz anlässlich des Kurzgutachtens „Klimaziellücke im Gebäudesektor: Untersuchung der Auswirkungen des aktuellen GEG-Kompromisses auf die Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor in Deutschland“ des Forschungsinstituts für Wärmeschutz München

Das vorliegende Gutachten, das das Forschungsinstitut für Wärmeschutz München (FIW) im Auftrag der Partner der Gebäude-Allianz erstellt hat, zeichnet ein klares Bild: Im Gebäudesektor besteht dringender klimapolitischer Handlungsbedarf. Das Einhalten der gesetzlichen Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen und Energieverbrauch ist nur möglich, wenn jetzt alle Hebel umgelegt werden. Die politische Blockade und das Aussetzen von entscheidenden Instrumenten und Maßnahmen zur Verbesserung der energetischen Gebäudesubstanz drohen, die multiplen Krisen im Gebäudesektor weiter zu befeuern. Als Gebäude-Allianz fordern wir ein sofortiges Umdenken und Umlenken seitens der Bundesregierung. Ohne den politischen Willen und die Umsetzung von neuen ordnungsrechtlichen wie finanzpolitischen Maßnahmen, droht das Projekt Klimaneutralität im Gebäudesektor dauerhaft zu scheitern.

Kernbotschaften - was es jetzt braucht, um die Ziele für 2030 bzw. 2045 einzuhalten:

1. Energetische Sanierung und Absenkung des Energiebedarfs von Gebäuden zur politischen Priorität machen

Die Sanierungsquote in Deutschland fällt zusehends und hat mit 0,7 Prozent einen neuen Tiefpunkt erreicht. Dies ist für das Erreichen der Klimaschutzziele im Gebäudesektor dramatisch. Sanierungsrate und Sanierungstiefe liegen weit unter dem, was für eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs notwendig wäre. Gleichzeitig muss sich der Heizungswechsel weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energien im Vergleich zu heute verdoppeln, um die Klimaziele einzuhalten. Damit politische Maßnahmen ihre Wirkung rechtzeitig vor dem Zieljahr 2030 bzw. 2045 entfalten können, müssen sie noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden. Dies muss jetzt höchste politische Priorität haben. Maßnahmen zur Verbesserung der Gesamteffizienz sind der Schlüssel für eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung und Energiewende in Deutschland. Es ist das Gebot der Stunde, die Europäischen Gebäuderichtlinie (EPBD) in die nationale Umsetzung zu bringen. Neben dem Beschluss gesetzlicher Vorgaben für verstärkte Sanierung muss eine neue Ära für eine sozial gerechte und langfristig gesicherte Förderpolitik eingeleitet werden.

2. Planung und Priorisierung statt Verantwortungsdiffusion - Fokus auf ‚Worst Performing Buildings‘ auch in Wohngebäuden sicherstellen

Die im Gutachten aufgezeigte eklatante Klimaschutzlücke verdeutlicht: Es braucht einen verlässlichen regulatorischen Rahmen und eine Fokussierung von Kapazitäten und Ressourcen dort, wo sie die größte Wirkung erzielen – bei den energetisch schlechtesten Gebäuden (Worst Performing Buildings, WPB). Die WPB müssen als erstes mit geeigneten Maßnahmen angegangen

Kurzgutachten zur Ziellücke im Gebäudesektor der Partner der Gebäude-Allianz

werden. Dies ist klima-, wirtschafts-, sozial- und verbraucherpolitisch notwendig und sinnvoll, denn hier können schnell hohe Einspareffekte erzielt werden. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt: Die aktuelle Förderkulisse reicht nicht aus. Die Erreichung der Klimaziele ist damit unrealistisch. Es besteht die Gefahr von fossilen Lock-ins. Ein großer Teil der WPB sind Ein- und Zweifamilienhäuser. Private Eigenheimbesitzende dürfen deshalb nicht mit den Herausforderungen einer energetischen Sanierung allein gelassen werden. Sie brauchen langfristig abgesicherte, sozial gestaffelte Förderung, gute Beratung und Planungssicherheit über die Anforderungen, um Investitionsentscheidungen zu treffen und bei der Umsetzung unterstützt zu werden.

Auch das Handwerk und der Bausektor brauchen diese Planungssicherheit, um die notwendigen Kapazitäten aufzubauen. Gerade jetzt, wo die Konjunktur im Bausektor schwächelt, können energetische Sanierungen zum wichtigen Motor werden. Dafür braucht es einen politischen Impuls und langjährig angelegte Sicherheiten in Form von verstetigter sowie zuverlässiger Förderung und vor allem Ordnungsrecht. Es müssen jetzt für Deutschland verbindliche Prioritäten und Sanierungsfahrpläne definiert werden. Geschieht dies nicht, wird die Unsicherheit verlängert, in der die nötigen Investitionen und Weichenstellungen ausbleiben und damit die Lücke zwischen Klimazielen und Klimarealität weiter vergrößert.

3. Nichtstun kostet: Rechtzeitig in den Gebäudebestand investieren und soziale Gerechtigkeit schaffen.

Der Klimaschutz im Gebäudebereich ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Kosten gerecht verteilt werden müssen. Jetzt den Klimaschutz im Gebäudesektor auf die lange Bank zu schieben, wird sich innerhalb weniger Jahre vielfach rächen. Die im Gutachten gezeigte Ziellücke bedeutet, dass gigantische Mehrkosten auf uns zukämen: Zum einen entstehen Kosten aufgrund nicht erfüllter Klimaverpflichtungen Deutschlands im Rahmen der europäischen Effort Sharing Regulation. Zum anderen entstehen individuelle Kosten durch hohe Energiepreise, von welchen Menschen in unsanierten Gebäuden besonders betroffen sind. Energieeffiziente Gebäude sind ein doppelter Gewinn: Sie helfen, das Klima zu schützen, und sie entlasten Endenergieverbraucher:innen und vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen. Die Bundesregierung muss die soziale Abfederung im Gebäudesektor von Anfang an mitdenken, um rasche Umsetzung und gesellschaftliche Zustimmung zu sichern. Das bedeutet, die aktuelle Förderlandschaft vom Kopf auf die Füße zu stellen – es braucht die lange versprochene Erhöhung der Förderung für Effizienzmaßnahmen genauso wie sozial gestaffelte Fördersätze, um alle Menschen unabhängig von ihrer ökonomischen oder sozialen Situation am ökologischen Fortschritt teilhaben zu lassen. Wer zur Miete wohnt, braucht Sicherheit, dass Sanierungen möglichst warmmietenneutral wirken. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, diesen Wandel jetzt politisch und gesetzlich verbindlich zu verankern. Gesunde Wohnverhältnisse bedeutet Wohnräume, die im Winter warm und im Sommer kühl sind. Das darf kein Luxus für Reiche werden.